

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 225 / 2014

Kiel, Freitag, 16. Mai 2014

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Europa / Europabericht der Landesregierung

## Dr. Ekkehard Klug: Das Europaparlament ist ein Anwalt der Unionsbürger – es hat eine Stärkung als Gegengewicht gegen die Kommission und die Ministerräte verdient

In seiner Rede zu TOP 23 und 55 (Europabericht) erklärt der europapolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug:**

„Die Europawahl am 25. Mai ist für die Unionsbürger eine Chance zur politischen Mitbestimmung. Das Europäische Parlament ist ein guter Anwalt der Bürger, im Zweifelsfall auch gegen eine bisweilen zu bürokratisch agierende Kommission und gegen die Ministerräte.

Deshalb hat es auch die Unterstützung der Bürger verdient, und wir wollen, dass seine Rechte weiter gestärkt werden – etwa dadurch, dass künftig auch aus den Reihen des Europaparlaments heraus eigene Gesetzesinitiativen eingebracht werden können.

Die Diskussion über die Einführung einer ‚Wahlpflicht‘, die heute in den Medien geführt wird, halte ich für absolut kontraproduktiv. Dieser Schuss geht mit Sicherheit nach hinten los! Deshalb ist es auch gut, dass Europaabgeordnete aller demokratischen Parteien heute in den ‚Kieler Nachrichten‘ widersprochen haben.

Die Äußerung der SPD-Abgeordneten Ulrike Rodust – eine Kollegin, deren Engagement ich im allgemeinen sehr schätze – erscheint mir freilich als zu defensiv und missverständlich: Wenn Frau Kollegin Rodust sagt, es sei ihr lieber, *‚wenn wir die Menschen auch ohne Wahlpflicht überzeugen könnten‘*, dann klingt das so, als wolle sie sich doch noch eine Hintertür für die Einführung einer solchen Wahlpflicht offen lassen.

Es wäre schön, wenn die Sozialdemokraten sich zu einer eindeutigen, unmissverständlichen Haltung in dieser Frage durchringen könnten.“